

Die Laterne

ERSCHEINT JEDEN SONNTAG

Abonnementspreis :

Jährlich . . . 12 Mk. — 12 fl.
Halbjährlich . 6 " — 7 " 50 c.
Vierteljährlich 3 " — 3 " 75 c.

(PORTO INBEGRIFFEN)

EXPEDITIONEN :

MOLENBECK-BRÜSSEL : 31, rue du Comte de
Flandre

LONDON : Rose Street, G, Soho Square W.
High Street, 120, Islington.

NEUMUNSTER-ZÜRICH : Volksbuchhandlung.

FÜR AMERIKA : P. Hass, 508, North 3th. Street
Philadelphia, Pa.

Die Laterne



No.

22.

Preis der Nummer :

20 Pfennig. — 25 Centimes.

Herausgeber F. Goetschalck.

EXPEDITION : 31, Rue du Comte de Flandre.
Molenbeck-Brüssel.

Die Laterne



Militaria.

Aus Bamberg berichtet der »Bayerische Kurier« folgendes Vorfalle:

Der 13jährige Sohn des daselbst garnisonirenden Obersten Fhrn. v. F. war in schlechte Gesellschaft gerathen und hatte mit derselben Abends ein Wirthshaus besucht. Der hiervon in Kenntniss gesetzte Vater wollte seinen Sohn zur Heimkehr zwingen, allein nicht nur, dass der Knabe seinem Vater den Gehorsam verweigerte, zog derselbe einen Revolver hervor und feuerte 3 Schüsse auf den eigenen Vater ab. Glücklicherweise verfehlten die Kugeln ihr Ziel; der empörte Vater zog seinen Säbel und brachte dem Knaben

eine solche Wunde am Kopfe bei, dass dieser nach zwei Tagen verschied."

Offenbar hat das lebenswürdige Söhnchen von 13 Jahren seine Begriffe von Moral und Recht im elterlichen Hause erworben, denn die prompte Selbsthilfe des »empörten Vaters« gegen den »empörten Sohn« beweist, dass Beide ganz einander würdig sind.

Es dürfte der reichstreuhen Presse schwer fallen, dieses Sittenbild aus unserem herrlichen Offizierkorps auch auf das Konto der Sozialdemokratie zu setzen, denn hier hat man es ja nicht mit Banditen wie wir, sondern mit der »Blüte der Armee« zu thun.

!*

Man beachte auch, wie zart die Blätter den Namen des aristokratischen Kindsmörders verschweigen.

Wennes ein Arbeiter wäre, wie überhöten sich da die Reporter an grausigen Einzelheiten, wie würden da die intimsten Familiengeheimnisse aufgedeckt, wie würde da »die Moral der Ge-

schichte« auf Kosten der ganzen arbeitenden Klasse gezogen.

Uebrigens scheinen die drei Revolver-schüsse des Kindes nur erfunden zu sein, um dem biedern Vater die Ausrede zu bieten, dass er sich in Nothwehr befunden habe, ähnlich wie man in Würzburg den wiederholten Fluchtversuch des Studenten Sicken erfand, um den Unteroffizier Pude freisprechen zu können.

Eine andere Affaire, die ein grelles Licht auf die Schönheiten des deutschen Kasernenlebens wirft, ist der Prozess des Seconde-Lieutenants Schenk von Geyorn vor dem Militärgerichte zu Würzburg.

Dieser Junker ist von seinen eigenen Kollegen nach Anhörung von 48 Zeugen für überwiesen erachtet worden, die Soldaten täglich aufs Gemeinste miss-

handelt zu haben, bald mit Säbelhieben, Ohrfeigen, Faustschlägen, bald indem er sie sich im Winter nackt auskleiden und von den übrigen Mannschaften mit Bürsten oder Strohwischen und kaltem Wasser blutig „schruppen“ liess; Spiessruthen, gegenseitiges Sich-beohrfeigen lassen, stundenlanges Laufen mit schwerem Gopück, — kurz, kelne der beliebten Folterqualen, mit denen unseren jungen Leuten die Liebe zum Landesvater eingebläut wird, fehlte bei der öffentlichen Gerichtsverhandlung.

Nachdem Hr. v. Geyern auf diese Weise innerhalb des letzten Winters allein noch fünf junge Leute in den Selbstmord getrieben oder direkt umgebracht hat, ist er nun zu zwei Jahren Festung und Dienstentlassung verurtheilt worden.

Es wurde vor Gericht konstatiert, dass innerhalb 85 Tagen nicht weniger als 68 Misshandlungsfälle sämmtlich von diesem einen Offizier ausgegangen waren!

Wie viele müssen erst nicht konstatiert worden sein, und wie viel hat

wohl erst im Laufe eines Jahres eine ganze Garnison aufzuweisen!

Diese Frage ruft uns die Gerichtsverhandlung in Erinnerung, welche im vorigen Jahre gegen den „Frankfurter Volksfreund“ stattgefunden hat, weil in diesem Blatt behauptet war, „täglich würden Soldaten in der Armee aufs Schändlichste und Brutalste misshandelt“ und „die Militärgerichte hätten zweierlei Maass.“

Die erste Instanz hatte auf das Wort „täglich“ kein besonderes Gewicht gelegt und deshalb den Antrag des Angeklagten Redaktours Schäfer, den Wahrheitsbeweis mittels Zeugen anzutreten, abgewiesen.

Genosso Schäfer hatte fünf und achtzig ehemalige Soldaten als Zeugen präsentirt.

Urtheil der ersten Instanz: Freisprechung wegen § 131 (Verächtlichmachung) hingegen wegen Beleidigung des Militärgerichts (bei welchem Herr

Schenk von Geyern als Beisitzer fungirt haben mag) — sechs Wochen.

Appellation des Staatsanwalts, während sich Schäfer im Gefängniss befand.

Erkenntniss des Appellationsgerichts: sechs Monate wegen Beloidigung und Verächtlichmachung.

Motive: „Schäfer sollte als Redakteur wissen müssen, dass nicht „täglich“ solche Misshandlungen in der Armee vorkämen, er hat also bewusst die Unwahrheit gesagt, bewusst sich der „Verächtlichmachung“ (§ 121) schuldig gemacht.“

Man beachte, wie raffiniert Schäfer um die Möglichkeit bestohlen wurde, den Wahrheitsbeweis anzutreten.

Freilich hatte zwischen der ersten und zweiten Instanz der Doktor Nobling geschossen, was dem Oberstaatsanwalt eine billige Gelegenheit gab, über die bösen Sozialdemokraten zu donnern, die „nichts Anderes im Sinne hätten, als die Säulen der Ordnung zu

erschüttern, deren schönste das deutsche Heer sei.“

..

Also sechs Monate bei trockenem Brod und Erbsenbrei einem Redakteur, welcher die fortgesetzte schändlichste Misshandlung deutscher Bürger gerügt hat und zwei Jahre angenehmsten Bummels auf einer Festung für ein edelgeborenes Scheusal, gegen welches ein Indianer, der seinen Feind zollweis abmartert, wenigstens das Verdienst geltend machen kann, dass ihn sein Opfer dafür weder zu bezahlen noch zu grüssen braucht.



Es ist wichtig für die Volkssache, dass den Soldaten und namentlich den Rekruten klar gemacht wird, dass unsere Partei hauptsächlich unterdrückt worden ist, weil wir in unsern Blättern nicht nur die Arbeiter gegen ihre Aus-

bouter, sondern auch die Soldaten gegen ihre Honker vertheidigt haben, weil unsere Presse allein es war, die die Unholde der Kaserne öffentlich brandmarkte.



Die Hungerpest.

Aus Magdeburg meldete kürzlich die „Magdeb. Ztg.“:

„Es ist festgestellt, dass Handwerksburschen, die todesmatt in das hiesige Spital kamen, jahrelang gewandert sind und währenddem nur kurze Zeit Arbeit hatten, während sie früher jahrelang in einer und derselben Werkstatt beschäftigt waren: ein Zeichen, dass sie nicht eben Bummeler von Haus aus waren. Man könnte die unter den Leuten herrschende Krankheit Bettlerpest nennen, denn die Krankheit ist ansteckend. Es sind daher auch schon Desinfektionen in den Herbergen etc. vorgenommen worden. Diese reichen aber nicht aus. Durchaus nöthig

wird sein, dass die von den Aerzten für krank befundenen Wandergesellen sofort Aufnahme finden können und nicht erst von Herodes zu Pilatus laufen müssen, ehe sie ein Plätzchen der Ruhe finden. Die Krankenhäuser liegen voll, und in den Herbergen sollen wahrhaft erschreckende Bilder des Elends vor das Auge treten. . . .“

Nunmehr berichtet das Braunschweigische „Unterhaltungsblatt“ aus Braunschweig:

„Die traurigen Zustände unter den wandernden Arbeitern sind noch immer dieselben. Das Schlimmste ist, dass die Leute, selbst wenn ihnen das Leben gerettet wird, alsbald wieder der heimtückischen Krankheit verfallen, wenn sie nicht in eine geordnete Lebensweise kommen. Beim Herzoglichen Krankenhause ist übrigens ein Haus für die Typhuskranken eingerichtet worden. Man hört aber von Aerzten, dass es noch stets an Raum zur Unterbringung weiterer Kranken fehlt.“

Die schutzzöllnerische »Gerberzeitung« ist natürlich gleich bei der Hand, das Elend der Handwerksburschen auf den Freihandel zu schieben:

Man sei durch die Gewerbebefreiheit, sagt sie, so indifferent geworden, »dass man die »Geschenke« für Handwerksburschen, die keine Arbeit haben, abschaffe, obgleich dieselben doch gerade durch das Wandern sich ausbilden und denjenigen Meistern und Prinzipalen, welche Leute gebrauchen, »schleunigst zu Gebote stehen.«

Als wenn zur Zeit der Innungen die Handwerksburschen von dem »Geschenk« hätten leben können.

Als wenn damals die Behandlung auf Herbergen und Postbureaux eine bessere gewesen wäre?

Nein, guter Herr Günther, an der Aufhebung der Innungen liegt es nicht, denn die Innungen waren nur eine Form der Ausbeutung, eine Form, die nicht mehr aufrecht erhalten werden konnte.

Nicht die Form der Ausbeutung ist Schuld, dass die Gesellen die Krankenhäuser füllen und die Pest durch Deutschland tragen, sondern die Ausbeutung selbst in allen ihren Formen!

Sie wissen das übrigens selbst recht wohl, Herr Günther, aber Sie finden es vorthellhaft, Ihre Augen zuzudrücken.

Darum fordern Sie in Ihrem Blatt nicht etwa die Regierung auf, eine amtliche Enquete über diese Pest zu veranstalten, sondern die Prinzipalvereine.

Sie wissen aber sehr wohl, dass die Meister sich den Teufel um die in den Krankenhäusern liegenden Arbeiter kümmern.

Nicht einmal um ihre eigenen, geschweige denn um fremde!



Reinders †

Am 22. Mai ist unser Freund Klaus Peter Reinders, der seit dem vorigen Jahre den Ostbezirk Breslau im deutschen Reichstag vertrat, in der Blüthe seiner Jahre gestorben.

Reinders hat eine Reihe von Jahren hindurch mit grosser Hingebung der Sache des Volkes gedient. Jede Minute, die er seinem Beruf (Reinders war von Haus aus Tischler, dann Photograph) erübrigen konnte, war der Arbeiterbewegung gewidmet. Auf unseren Kongressen fungierte er öfters als Schriftführer und zeigt, dabei, sowie bei den Wahlkämpfen in Breslau, grossen Eifer, organisatorisches Geschick und, was mehr ist, Prinzipientreue. Er hielt sich nicht dem national-liberalen Grundsatz, die Geldfragen von den politischen zu trennen.

..

Fünfehtausend Breslauer folgten der Leiche ihres Vertreters, der unserem Programm und seinem Mandat

treugeblieben war und dem Fürsten Bismarck keine Steuer votirt hatte.

Die Polizei verhinderte natürlich jede Grabrede und „gestattete“ nur einige Worte des Abg. Fritzsche.

..

Dieser Todesfall legt den Breslauer Arbeitern die Pflicht auf, mit einer Nachwahl zu zeigen, dass die Sozialdemokratie nicht todt ist, dass sie mehr als je lebt.

Nach dem moralischen Sieg, den der Westbezirk Breslau vor einigen Monaten errungen hat, ist uns in dem weit demokratischeren Ostbezirk ein tatsächlicher Erfolg gewiss, wofür nur von allen Seiten mit Energie und Disziplin aufgetreten wird.

..

Wer an Reinders Stelle von unserer Seite aufgestellt wird, das hängt von Niemand Anderem ab, als von den Genossen des Wahlkreises selbst.

Man hat uns bereits bestimmen wollen, diesen oder jenen Kandidaten zu empfehlen. Wir ziehen aber vor, abzuwarten, welche Kundgebung uns aus Breslau selbst zugehen wird.

Unsere dortigen Freunde haben Männer genug in ihrer Mitte und in ihrer Nähe, die sich durch Thakraft und Charakter geeignet erweisen, sie im Reichstag zu vertreten.

Sie werden jede Persönlichkeit, die man ihnen von Aussen auflrängen möchte und die in der gegenwärtigen kritischen Periode nicht Beweise von Muth gegeben hat, entschieden zurückweisen.



Aus Breslau erhalten wir noch folgende Einzelheiten über das Begräbniss Reinders:

„Die sozialdemokratische Partei hat

bei diesem Anlass eine Heerschau gehalten, wie noch nie.

Die Zahl der Theilnehmer am Zuge wird zwischen 15 und 20.000 geschätzt. Manche behaupten, es seien 30.000 gewesen. Für uns, die wir unmittelbar dem Sarge folgten, ist es unmöglich, eine Ziffer zu fixiren. Der Zug war eine halbe Stunde lang!

„Aus vielen Orten der Provinz waren Deputationen erschienen, die Kränze mit Inschriften auf den Grabhügel niederlegten.

Ein Kranz aus Dresden, der zu spät eintraf, und erst am Tage nach dem Begräbniss auf das Grab gelegt wurde, trug die Inschrift:

„Ist auch ein Kämpfer todt,
Hoch weht die Fahne roth!“

Von der Bethelligung an der Leichenfeier lässt sich ein Schluss auf die Lebhaftigkeit des nun bevorstehenden Wahlkampfes ziehen.

Das Ausnahmegesetz wird natürlich seine Schuldigkeit thun müssen, aber wir werden auch die unsrige thun.

Wir bitten nur die Genossen aller-

orts, uns bei diesem Kampf kräftig zu unterstützen. Sendungen für den Wahlfonds sind mit äusserster Vorsicht, am liebsten durch Vermittlung eines der im Ausland erscheinenden Blätter, hierher zu senden, da unsere Polizei stibitzt, was sie erwischen kann."



Zur Parteitaktik.

Auf Anfrage ist mehreren im Ausland lebenden Deutschen folgender Brief zugegangen, welchen wir auf Wunsch, natürlich unter Hinweglassung einiger persönlicher Aeusserungen veröffentlichten:

„Leipzig, den 10. Mai.

Werthe Genossen!

Ihr Brief vom 3. d. ist mir erst heute zu Händen gekommen. Da keine Zeit zu verlieren, wenn die Antwort noch rechtzeitig anlangen soll, so schreibe ich Ihnen in aller Eile sofort — viel-

leicht werde ich später Gelegenheit haben, die Frage eingehender zu behandeln. —

Was meine Ansichten über die gegenwärtige Stellung und Taktik der deutschen Sozialdemokratie betrifft, so finden Sie dieselben in dem von der „*Révolution française*“ abgedruckten Brief skizzirt, der Ihnen wohl bekannt sein dürfte.

Dieser Brief hat mir in Deutschland mancherlei Angriffe zugezogen, auf die in beiliegender, an ein sonst anständiges Fortschrittsblatt gerichteten Erklärung geantwortet wird:

(Die Erklärung ist in Nr. 19 der „*Lanterne*“ bereits mitgetheilt worden.)

Als das Sozialistengesetz in Kraft trat, hatten wir die Wahl zwischen Losschlagen oder Verbleiben auf dem Boden des Gesetzes. Einen Mittelweg gab's nicht. Wir wählten das Letztere. Losschlagen, wenn man keine Aussicht auf Sieg, oder wenigstens auf moralischen Erfolg hat, wäre Wahnsinn. Hätten wir das Zeichen gegeben, so würden wir einfach

das Spiel der Reaktion gespielt haben, die seit Juni vorigen Jahres auf einen Putsch hinarbeitet, und unsere Partei war auf ein Jahrzehnt materiell und moralisch zu Grunde gerichtet. Wir konnten unter solchen Umständen nicht schwanken und beschlossen einstimmig, den Boden des Gesetzes nicht zu verlassen und den Sozialistengesetz zum Trotz, als Partei fortzubestehen und für unsere Grundsätze zu wirken. Die Aufgabe ist schwierig, aber bis jetzt ist sie uns vollständig gelungen, und die Verhältnisse bürgen dafür, dass die Entwicklung der Dinge sich mehr und mehr zu unserem Vortheil gestalten wird.

Auf Einzelheiten kann ich hier natürlich nicht eingehen.

Genug, — während ein neues Attentat oder ein Putsch die Leidenschaften der ungebildeten Massen, denen unsere Schaar wie 1 zu 10 gegenüber steht — S. die Statistik der Reichstagswahlen — wider uns aufgostachelt hatte — lob erlinnere an den Terrorismus nach dem Nobiling'schen Attentat — wendet sich

jetzt die öffentliche Meinung zusehends von unseren Feinden ab, und unsere Aktien steigen in demselben Maasse, wie — ungeachtet vorübergehender Erfolge — die Aktien Bismarcks fallen. Neue Wirthschaftspolitik, die das Chaos schafft, die Jedem Erleichterung verspricht und Jedem schwerere Lasten aufbürdet, wird ihn und sein System noch einige Jährchen über Wasser halten, dann aber ist der Generalkrach da und unsere Zeit kommt.

Bismarck lebt von der Angst vor uns — eine Angst, die sich von der kaiserlichen Familie bis in das Kleinbürgerthum und Bauerthum erstreckt. Diese Angst weg und Bismarck hat keine Existenzmöglichkeit mehr. Durch alberne Reklamen für Geheimbündeleien, durch kindisches Spielen mit Nihilisten und Mossern und Sackpuffern, durch blutrünstige Knallphrasen liefert man nur Wasser auf die Mühle der Herren Eulenburg & Comp., für die jeder Schuss und Stich ein politisches Kapital wäre...

Wir sind weder todt, noch stellen

wir uns todt. Wir leben, wirken und werden siegen. Bisher war unsere Arbeit keine gerauschvolle, aber desto intensiver und fruchtbarer. Auch die Zeit des öffentlichen Hervortretens wird wiederkommen — vielleicht sehr bald.

Im Ausland kann man unsere Lage nicht gut beurtheilen; ich dachte jedoch, wir hätten ein Recht zu verlangen, dass man uns nicht für Himmler und Hasenfüsse hält... Weitab vom Schuss Revolutionstruden in die Welt schreien ist tausendmal leichter, als hier an Ort und Stelle den Kampf zu führen. Nun, es wird Alles gut gehen... Und wir, wir werden fortfahren, unsere Schuldigkeit zu thun.

Mit sozial-demokratischem Gruss

W. Liebknecht."

Einer der Empfänger obigen Briefs bat um die Erlaubnis, den Brief weiteren Kreisen mitzuthellen.

Daraufhin schrieb Liebknecht:

"Leipzig, den 17. Mai.

Werther Genosse!

Meinen neulichen Brief können Sie

nach Belieben verwenden... Hält X. eine "Revolution" für möglich, dann soll er herkommen und sie "machen." Im sichern Asyl hinter der Pint Porter oder "Half and Half" sitzen und aus der Entfernung Revolution in Deutschland predigen, ist ein kindischer Zeitvertreib, den man indess verzeihen könnte, wenn er harmlos wäre und nicht Dutzende von unschuldigen Leuten ins Gefängnis brüchte und — neuen Vorwand für Ausdehnung des Belagerungszustandes abgäbe.

Von unseren Freunden im Ausland mussten wir wenigstens so viel Verstand erwarten, dass sie nicht unseren Feinden in die Hände arbeiten. Sonst danken wir für die Freundschaft. Uebrigens sind wir Manns genug, uns tölpelhafter Freunde ebenso zu erwehren, wie der "genialen" und nicht genialen Feinde.

Mit sozialdemokratischem Gruss

W. Liebknecht."

Das gleiche Thema behandelt eine der letzten Nummern der „Tagwacht“ in einem trefflichen Artikel aus der Feder des Genossen H. Greulich; wir geben im Nachfolgenden die wesentlichsten Sätze des Artikels wieder:

„Wir haben die sichersten Berichte, dass Sozialistengesetz und Polizeiwirtschaft den Zusammenhang unter den Parteigenossen an den meisten Orten nicht zu zerstören vermochten. Wie weit dieser Zusammenhang geht, das entzieht sich selbstverständlich jeder öffentlichen Erörterung.“

Muss es doch überhaupt nicht erscheinen, wenn in einer öffentlichen Kundgebung über geheime Organisation gesprochen und zu solcher aufgefordert wird! Kann denn überhaupt ausser einigen Gemeinplätzen etwas Näheres über geheime Organisation in einem öffentlichen Blatte oder auch in Briefen diskutiert werden? Sicherlich nicht.

Zudem überschätzt man auch die Wirkungsfähigkeit geheimer Organisationen und gibt sich unserer Mein-

ung nach einem Irrthum hin, wenn man die Ereignisse in Russland nur auf eine geheime Organisation zurückführt, während augenscheinlich das Meiste aus der Initiative Einzelner und verschiedener Gruppen hervorgeht, die nur einen sehr losen Zusammenhang und nur ein in weiten Zügen gemeinsames Ziel haben.

Auch der Revolutionsromantik, die etwas stark kultivirt wird, können wir nicht beistimmen. Wir erkennen selbstverständlich das Recht zur Revolution auch in dem Sinne an, dass blutige Gewalt mit blutiger Gewalt überwunden werden muss, so gut wie jeder denkende Mensch das Recht der Nothwehr anerkommt. Wir haben auch die festeste Ueberzeugung, dass die Polizei-, Säbel- und Raubwirtschaft in Deutschland unabwendbar einer Revolution entgegenreibt. Aber wir sind auch gerade so fest überzeugt, dass jetzt und in der nächsten Zeit von einer wirklichen Revolution in Deutschland — ausgenommen etwa im Falle eines unglücklichen Krieges — keine Rede

sein kann. Auch ist uns die Frage, ob es gut sei, im Interesse der Zukunftsentwicklung das Herannahen einer blutigen Katastrophe zu beschleunigen, keineswegs im bejahenden Sinn gelöst. Die Geschichte zeigt eben doch deutlich genug, dass alle Errungenschaften gegen den Willen der Majorität unhaltbar sind und jeweilen von der Reaktion rückgängig gemacht werden konnten — die Abwerfung eines druckenden Joches kann freilich auch oft von einer ziemlich kleinen Minderheit durchgeführt werden — es ist aber, so lange die grosse Majorität noch ganz unaufgeklärt ist, vorauszusehen, dass dem abgeworfenen Joch wieder ein anderes folgen wird.

Es spitzt sich also Alles auf die Frage der Propaganda zu.

Wir wollen hier nun gar nicht bestreiten, dass durch allzu grosse Lassigkeit in dieser Beziehung verschiedene Wortführer der Sozialdemokratie die Kritik herausgefordert haben. Wir prä tendieren nicht im Mindesten, dass unser Blatt, (die »Tagwacht«) in irgend

einer besondern Weise bedacht werden möchte — aber man hat seiner Zeit Propaganda-Vorschläge, die von hier aus ergangen sind, an massgebender Stelle absolut ignoriert und eine solche Behandlung verdienten jene Vorschläge nicht, denn dieselben gingen nicht auf die Verbreitung einer hyperradikalen Revolutionsliteratur hinaus, sondern hatten belehrende Broschüren in sehr gemässigter und dadurch überzeugender Sprechweise im Auge. Wir können dieses Ignorieren höchstens damit entschuldigen, dass man von jener Seite viel zu thun hatte, um die ökonomischen Verhältnisse der verschiedenen getrockneten sozial-demokratischen Schöpfungen zu konsolidieren, den Opfern der Reaktion an den verschiedenen belästigten Holstaud zu leisten etc. etc. — Immerhin erlauben wir uns die brüderliche Mahnung an jene Genossen, die Propaganda nicht aus dem Auge zu verlieren.

Dabei haben wir, das sei nochmals betont, keineswegs eine Berücksichtigung der »Tagwacht« im Auge, sondern

hauptsächlich eine Propaganda mit zeitweiligen Flugschriften, die an die brennendsten Tagesfragen anknüpfen. Verfasst müssen diese Schriften sein von Leuten im Lande selbst, welche mit dem Volke in steter Berührung stehen und an seine Auffassung anknüpfen können. — Wo sie gedruckt werden, ist gleichgültig."



Sowohl die "Tagwacht".

Wir können um so lieber jedes Wort dieses Artikels unterschreiben, als wir in unseren früheren Nummern theilweise Dasselbe gesagt haben.

Auch uns liegt keineswegs etwa daran, die "Laterna" mehr verbreitet zu sehen; wir sagten vielmehr ausdrücklich, dass wir uns mehr freuen würden, wenn Andere mit mehr Sachkenntnis, Energie, Schürfe und Taktik die Partei-sache vorträten.

Auch wir würden es als ein Zeichen von Lebenskraft begrüßen, wenn die

bewährtesten Genossen von Deutschland aus an irgend einem sichern Orte Broschüren und Flugschriften erscheinen lassen.

..

Warum wir aber speziell die Nothwendigkeit eines sozusagen offiziellen, im Ausland erscheinenden periodischen Organes hervorheben, das wollen wir auch sagen, und Fremdgrenzlich wird dieses Motiv vermuthlich auch nicht unterschätzen:

..

Mancher Genosse in Deutschland wird, um polizeiliche Anzapfungen zu vermeiden, oder auch aus Bescheidenheit, vorziehen, seine Broschüren und Flugschriften anonym erscheinen zu lassen.

Ihr würdet denken und mit Recht: "Der Name thut nichts zur Sache. Prüfet, was ich schreibe und thut darnach, wenn Ihr es richtig findet."

..

Das wäre schon gut, wenn man nur nicht erst kaufen müsste, bevor man prüfen kann!

Wie wollt Ihr verhindern, dass unter allerlei die Arbeiter anlockenden Titeln Schriften kolportiert werden, die vielleicht sogar nicht einmal, wie ihr Titel angibt, im Ausland gedruckt worden sind, sondern nebenan, vielleicht bei den Christlich-Sozialen, oder bei den Agrariern, oder bei Stieber?

Wie sollen die Genossen riechen, ob das Papier, das man ihnen offerirt, gelosen zu werden verdient?

Viele werden zuerst eine Zeitung auf Alles hineinfällen und schließlich, wenn sie sich genug gekümmert haben, gar nichts mehr kaufen!

•••

Und erst die Flugschriften, die Graf Eulenburg als angebliche sozialdemokratische Produkte drucken lassen wird, um sie auf der Tribüne zu verwerthen!

•••

Alles das hört von vornherein auf, wenn ein Organ da ist, welches die Genossen als das ihrige anerkennen.

Die kleineren Flugschriften können in diesem Organ als Artikel erscheinen — was selbstverständlich Separatdrucke nicht ausschliesst — und die Broschüren, die es verdienen, wird das Organ empfehlen, ebenso wie es die Genossen warnen wird, ihre Nickel für Machwerke unserer Gegner wegzuworfen.



Wir sind überzeugt, dass die „Tagewacht“ diese Gründe, die für die Herausgabe eines offiziellen Parteiorgans im Auslandes sprechen, nicht verkennen und sich unserer Meinung anschliessen wird.

Wenn die leitenden Genossen in Deutschland die Nothwendigkeit eines solchen Organs früher eingesehen hätten, so würden sie sich manchen Fehler und manchen unerquicklichen Zank erspart haben.

Glücklicherweise ist es noch nicht zu spät.

Aber es ist Zeit!



Lichtknecht hat im Reichstag nicht dagegen protestirt, dass man ihn einen Lobredner der Kommune genannt habe, wie die „Freiheit“ tadeln meldet. In Gegenhoil: er hat seine bekannte Volksstimm-Erklärung ausdrücklich aufrecht erhalten, und nur gegen die absurde Behauptung protestirt, dass er die Erschliessung des Erzbischofs in allen Tonarten gepriesen habe.

Die „Freiheit“ hat die betreffende Aoussorung unseres Vertreters nach gegnerischen Blättern entstellt wiedergegeben.

Wie man uns aus Hamburg mittheilt, befanden sich dort allein noch vor wenigen Tagen 23 Personen wegen

angeblicher Verbreitung der Londoner „Freiheit“ in Haft.

Die „Laternen“ hat bereits 80 Frcs. aus dem von ihr gesammelten Unterstützungsfonds nach Hamburg gesandt und wird auch ferner ihr Möglichstes thun, das Loos der Familien dieser Opfer der Eulenburg'schen Polizei zu lindern.

Es ist unser Aller Pflicht, hier energisch einzugreifen und unsere Solidarität zu beweisen!

Neue Beiträge für den Unterstützungsfond wolle man an Genosse Gustav Schalek, 31 rue du Comte de Flandre, Molanboeck-Brüssel, einsenden.

Zur Notiz.

Auf mehrfache Anfragen bemerken wir, dass das erste Quartal der „Laternen“ gegen Einsendung von 2 Mark vollständig und portofrei nachgeliefert werden kann.

Durch uns sind zu beziehen:

New-Yorker Volkszeitung;

Philadelphia Tagblatt;

Volksstimme des Westens (Wochen-
Ausgabe).

Ferner alle von der deutschen Regierung
verbotenen Schriften.

Die Expedition.

Briefkasten.

Sch. in Zürich. Es stimmten in Paris
wie man uns von dort meldet, 46 (nach
Andern 43) gegen 23 zustimmend, je-
doch unter ausdrücklicher Verwahrung
gegen „Geheimbündel“

X. in B. Den Betrag von 3 Mark rich-
tig erhalten; das Andere kam für diese
Nummer zu spät, kommt erst in die
nächste.